

A. Sachverhalt

Ziel des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration ist grundsätzlich, die gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen. Zwei zentrale Anliegen verfolgt das Ministerium in diesem Zusammenhang aktuell. Zum einen den Ausbau von Behandlungsplätzen und -angeboten für Kinder und Jugendliche. Zum anderen die bessere Vernetzung der bereits bestehenden Angebote untereinander.

Um Kinder und Jugendliche besser zu unterstützen, wurde im Sommer 2021 zur Zeit starker Belastungen insbesondere für Kinder und Jugendliche die Task Force zur psychischen Situation von Kindern und Jugendlichen in Folge der Coronapandemie (Task Force PsychG KJ) am Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration einberufen, die in verschiedenen Bereichen zahlreiche Maßnahmen zur Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern auf den Weg gebracht hat. In einer gemeinsamen Handreichung der Mitglieder wurden diese Maßnahmen und Leistungen dargestellt.

Eine Erkenntnis der Task Force PsychG KJ war, dass ein steigender Bedarf an kinder- und jugendpsychiatrischen Betten, sowohl im stationären, aber mehr noch auch im teilstationären Bereich wahrgenommen wurde.

Derzeit gibt es in Baden-Württemberg 18 Kinder- und jugendpsychiatrische Kliniken, die sowohl stationäre als auch tagesklinische Angebote vorhalten, zusätzlich gibt es zwei Tageskliniken und zwei Kliniken, die nur stationäre Angebote vorhalten. Das Land hat viel getan, um die stationäre und teilstationäre Versorgung in der Kinder- und Jugendpsychiatrie zu stärken: So wurden in einem ersten Schritt 136 neue Betten und Plätze im Rahmen des „Corona-Sonderbedarfs“ im Fachgebiet der Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie geschaffen, welche zwischenzeitlich unbefristet in den Regelbedarf überführt wurden. In einem zweiten Schritt wurde Ziffer 5.1 des

Landeskrankenhausplans, wie im Landeskrankenhausausschuss beraten und vom Ministerrat beschlossen, geändert und der planerisch vorgegebene Bettennutzungsgrad für die stationäre und teilstationäre Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie von 90 % auf 70 % herabgesetzt. Dies ermöglicht zeitnah die Ausweisung weiterer Betten und Plätze in diesem Bereich.

Ein weiteres zentrales Anliegen aus Sicht des Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes Baden-Württemberg (PsychKHG) sowie des Landespsychiatrieplans ist es, den Zugang zur Klärung, Hilfe und Behandlung von Kindern und Jugendlichen in den einzelnen Regionen zu erleichtern und hierdurch u.a. den Einsatz von Zwang in der Versorgung zu verringern. Ziel ist es, Kindern und Jugendlichen frühzeitig bedarfsgerechte Hilfen zukommen zu lassen, um ihre psychische Gesundheit zu fördern, sodass sie sich zu resilienten erwachsenen Persönlichkeiten entwickeln können. Hierfür ist die Etablierung von jugendpsychiatrischen Verbänden vorgesehen. Der Landesarbeitskreis Psychiatrie hat daher in seiner Sitzung am 15. Juni 2023 die Einsetzung einer Arbeitsgruppe „Aufbau jugendpsychiatrischer Verbände“ beschlossen, die am 13. Dezember 2023 unter Moderation des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration ihre Arbeit aufgenommen hat. Im Sinne einer längerfristigen Entwicklung sollen Verbundlösungen angestoßen werden, die sowohl eine strukturelle Vernetzung der relevanten regionalen Akteure beinhalten als auch auf den Aufbau von Kooperationsformen für die koordinierte Versorgung im komplexen Einzelfall abzielen, so dass wir jetzt im Jahr 2024 bereits auf die Etablierung einer Reihe von jugendpsychiatrischen Verbänden in verschiedenen Regionen Baden-Württembergs blicken können.

B. Beschlussvorschlag

1. Die Landesgesundheitskonferenz begrüßt insbesondere die infolge der Task Force PsychG ergriffenen Maßnahmen und spricht sich dafür aus, weiterhin alle Bemühungen zum Schutz und zur Verbesserung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen fortzusetzen. Der bedarfsgerechte Ausbau von voll- und teilstationären Betten in der Kinder- und Jugendpsychiatrie wird hierbei weiterhin eine wichtige Rolle spielen.
2. Die Landesgesundheitskonferenz begrüßt, dass das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration weiterhin den Aufbau Kinder- und Jugendpsychiatrischer Verbände zur besseren Vernetzung von Kinder- und Jugendhilfe, Kliniken und Ärzteschaft unterstützt.

Votum

Zustimmung: x

Ablehnung: -

Enthaltung: -